

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der Klassenkampf erscheint jeden Sonntag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2,00 Mark, durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Postgebühren. Berlin und Frankfurt: Vertriebsstellen für den Bezirk Halle-Merseburg ebenfalls Halle Vertriebsstelle 14

Herausgeber: Otto Kilian

Kostenpreis: 13 Goldpfennig i. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig i. Reklame im Text; Anzeigenpreise zu richten nach Halle, Vertriebsstelle 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Kontoforts: Commerz u. Privat-Bank Halle. Postfach: Beizula 106848 Fritz Krab Halle

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 17. August 1925

5. Jahrgang * Nr. 177

Das nächste Ziel der Zollräuber

Ausschaltung des Reichstags

Was wird der ADGB-Kongreß tun? Nach der Niederlage ein „Kampf“-programm

Die Pleite der SPD- und ADGB-Führung

Vom Zentralkomitee wird geschrieben:

Der Militärdenkverrat und das Zollwundergeheiß sind mit politischer Durchgeistigung. Tage sind vergangen und die reformistische Führung der Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse unternehmen nichts. Gar nicht zu reden vom Parteivorstand der SPD und seinem „Vorwärts“. Der hilft sich mit einigen weinerlichen Artikeln und faulen Witzeln über die ernste Situation hinweg.

Der „Vorwärts“ gesteht die Niederlage der SPD in vollem Umfang ein, bekennt aber, daß diese Niederlage eine Schande für seine Partei sei und schließt einen seiner Artikel sogar mit der abernahm Graße, daß in den Niederlagen, die die SPD im Reichstag erleidet, der „Keim ihrer kommenden Macht“ liege. Wie wenig er selbst an diese angebliche kommende Macht glaubt, zeigt der Schluß des Artikels vom Wittwoh, wo festgestellt wird, daß der Bürgerkrieg im Herbst mit dem Zollkrieg „nicht handelspolitische Siege abzuweisen“ werde „nur Siege gegen das eigene Volk“.

Also nicht genug mit den jetzigen Rauberfolgen, der „Vorwärts“ sieht für den Herbst noch weitere Siege der Schürfmacher gegen die Arbeitermassen voraus. Trotzdem ist er froh genug, die Forderung einiger Großbetriebe, die gegen die Zollenthebung den Generalkrieg verlanget hätten, als „energetischer“ zu rezipieren und dem hinzuweisen: „Das schick gerade noch, daß die Arbeiterklasse jetzt endlich ihre Kampfmittel verpulvert und ihre Kampfkraft erschöpft, um schließlich dem Unternehmertum willenlos ausgeliefert zu sein!“

„Zum Teufel! Schlimmeres kann doch nicht mehr kommen, als jetzt kampflöse Niederlagen vor den Zoll- und Steuerwundern zu erleben und im Herbst noch ebenmäßig neuen Siegen der Schürfmacher gegen die Arbeitermassen entgegenzugehen. Die deutsche Arbeiterklasse weiß, daß in Lebensfragen gegen solche Regierungen, wie Kapp und Cuno, der Generalstreik eine durchschlagende Waffe war. Die Arbeiterklasse weiß auch, daß gegen den entschlossenen Kampfmüll der Gewerkschaften keine Regierung in Deutschland entscheidende Maßnahmen durchführen kann. Die Arbeiter erinnern sich sehr gut, daß noch vor wenigen Monaten der Reichstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei einer Tagung des ADGB, ausdrücklich erklärt hat, daß bei einseitigem und entschlossenem Auftreten die gewerkschaftlichen Massen sogar jetzt noch inländische wären, der Bürgerkriegsregierung und den Unternehmensverbänden den Aufstand abzutreten. Die deutsche Arbeiterklasse hat es in den letzten Tagen miterlebt, wie in England der geschlossene Kampf der Bergarbeiter, die von Bergwerks- und Metallarbeitern unterstützt wurden, die über eine gewaltige Parlamentsmehrheit verfügende kapitalistische Regierung Englands auf die Knie gezwungen hat. Die härteste kapitalistische Regierung Europas mußte in einem Sieger-Vande dem Druck der Gewerkschaften und ihrer einseitigen Kampfmäßigkeit nachgeben und dafür sogar finanzielle Opfer auf sich nehmen, die in die hunderte von Millionen gehen.“

Wo war hier in Deutschland jetzt in den kritischen Wochen des Steuerwunders und des Zollwunders dieser Druck der Gewerkschaften, wo war ihre einseitige Kampfmäßigkeit? — Die ganze gewaltige Macht des organisierten Proletariats wurde von seinen jetzt reformistischen Führern in der schamhaftesten Weise verpörrert und veran. Resolutionen und Bittgänge und schließlich noch eine papierne „Warnung in letzter Stunde“, das war alles. Und es moß federleicht, weil die Bürgerkriegsparteien und ihre monarchistische Regierung wußten, daß die jetzigen Gewerkschaftsführer keinen Augenblick daran dachten, irgendeine Kampfmaßnahme zu ergreifen, oder auch nur mit den gewerkschaftlich organisierten Massen den leiseren Druck auszuüben. Wohl schrieb die Gewerkschaftsleitung des ADGB, in pathetischen Artikeln davon, daß der Zollkampf mit allen Mitteln durchzuführen werden solle. Es wurde sogar angekündigt, daß „am unten auf ein Sturm losbrechen“ sollte. Aber das waren alles nur hohle Phrasen, mit denen man die Arbeiter hingehalten hat, um sie daran zu halten, daß gar nichts, aber auch rein gar nichts für eine Organisation des Kampfes gegen den Steuerwunder und Zollwunder geschehe.

Die SPD hat schon am 21. Juni, also rechtzeitig die Gewerkschaftsführer in einen offenen Briefe zur Vorbereitung des gemeinsamen Kampfes der Arbeitermassen gegen die Steuer- und Zollwunderpläne der Bürgerkriegsregierung aufgefordert. Hunderttausende von Arbeitern haben in unzähligen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen und gewaltigen Demonstrationen diesen Ruf zum gemeinsamen Kampf aufgenommen und verläßt. In zahllosen Orten ist die SPD, an die Gewerkschaftsführer wegen Zudrücken

„auf die Beseitigung des Reichsparlamentes oder mindestens dessen völlige Ausschaltung“ wie die „Leipziger Volkszeitung“ die neuesten Pläne der Kapitalisten bezeichnet. In einem Artikel: „Bemerkungen zum Zollkampf“, behandelt Paul Levi in der Sonnabendnummer der „Leipziger Volkszeitung“ das gleiche Problem. Vorwärts, wie die Rede um den heißen Brei, geht Herr Paul Levi um die Frage der Taktik des Zollkampfes der SPD herum. Er beginnt seinen Artikel:

„Es ist die Zeit wohl noch nicht gekommen, die Taktik unserer Reaktion im Reichstag während der Zollkämpfe ungeschminkt kritisch zu würdigen. Eine Diktation ist es jedenfalls nicht gewesen und sollte sie auch zugestandenermaßen gar nicht sein.“

Levi fährt dann in seinem Leitartikel weiter fort:

„Die kapitalistische Klasse ist in aktiver Konterrevolution begriffen und daher logisch auf den Weg der Diktatur gedrängt.“

Am Schluß dieses Artikels spricht Levi ganz deutlich von dem Zusammenhang des Sieges im Zollkampf durch die Regierungsparteien und der sich daraus logisch folgernden Wirtschaftsdiktatur. Er schließt seinen Artikel wörtlich:

„So scheint uns in der Tat dieses Folgegesetz an die Wurzeln des Parlamentarismus zu greifen und auch noch den nächsten Standpunkt hätte eine Bekämpfung mit allen Mitteln verdient, mit viel härteren, als je angewendet worden sind.“

Der Zollkampf ist verloren. Er ist verloren worden durch die bewußte Inaktivität der freien Gewerkschaften und SPD-Parteiener. Die neuesten Pläne der Steuer- und Zollräuber werden härter, indem sie die Ausschaltung des Reichstages und ihre vollkommene Diktatur fordern. Wäre der Zoll- und Steuerwunder die Macht der Gewerkschaften, durch den außerparlamentarischen Kampf verhindert worden, die kapitalistische Klasse könnte heute die Ausschaltung des Reichstages nicht auf die Tagesordnung setzen. Indem die Kommunisten darauf hinweisen, daß die Situation für das Proletariat durch diese verführerische Kampfmöglichkeit unendlich schwerer geworden ist, rufen sie die SPD-Arbeiter auf und vor allem die in dem jetzt bald tagenden ADGB-Kongreß organisierten Gewerkschaften, daß dieser Kongreß beschließen sollte, die drohenden Wirtschaftsdiktatur, der Ausschaltung des Reichstages in allen Lebensfragen, nicht nur platonisch entgegentritt. Das ist die Lebensfrage, die auf dem ADGB-Kongreß behandelt werden muß und die nur in der Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kämpfe, die in politische Kämpfe umschlagen müssen, gelöst werden kann.

Stinnes will seine Pleite auf die Arbeiter abwälzen

„Attien-Gesicht“ an die Agra-Belegschaft

Wette: „Fürchte die Damer, daß wenn sie Gesicht bringen“

In der Freitag-Nummer vom 14. August schrieb das bürgerliche „Süß-Abendblatt“ unter der dreispaltigen Überschrift: „Der Hofschrei von Edmund Stinnes“ einen interessanten Artikel über die Praktiken des Finanzkapitals gegenüber dem Stinnes-Konzern. Der Artikel war nur kurz gefaßt der: Während in der Inflationszeit der Stinneskonzern die Banken an sich gebracht hatte, ist seit der Stinnes-Pleite der umgekehrte Prozeß eingetreten. Stinnes befindet sich vollkommen im Schwitzkasten des Bankkapitals. Bei der Auseinandersetzung zwischen den beiden Hauptparten des Stinnes-Konzerns ist Dr. Edmund Stinnes nach Meinung der Banken zu gut weggekommen. Die Konkurrenz von Stinnes ist mit ungeheuren Profitten an die Banken verarmt worden und immer noch sind die Bankenhäupter nicht befriedigt. Sie wollen mehr haben. Sie sind unzufrieden wie in der Inflationszeit Stinnes unzufrieden gewesen ist.

Die neueste Praktik der Banken gegenüber dem Stinnes-Konzern besteht nun darin, die Aktien der A.G. für Automobilbau (Agra) in Lichtenberg, die jetzt den Kern der Edmund Stinnes'schen Unternehmungen bilden, ebenfalls in die Konkurrenz zu hineinzuziehen. Sie tun das dadurch, daß sie geschloßen der A.G. für Automobilbau in Lichtenberg den Kredit sperren, so daß das Werk durch die Manipulationen der Banken in die größten Schwierigkeiten geraten ist. Edmund Stinnes hat sich deshalb um Gewährung von Kredit an die preussische Staatsregierung gewandt, um der Generalkreditperre zu entgehen. Bis heute hat ihm die preussische Regierung noch keine Antwort erteilt. Für die Zahlung der Zinsen bei der Agra wurden am Freitag 100 000 Goldmark benötigt. Um diese 100 000 M. zu

bekommen, hat Edmund Stinnes, da die Antwort der preussischen Regierung, deren Hilfe mehrere Millionen Mark betragen sollte, noch nicht eingelaufen war, sich noch einmal mit den Banken in Verbindung gesetzt, um wenigstens diese 100 000 M. zu erhalten. Die Antwort fiel negativ aus. Herr Edmund Stinnes konnte am Freitag seinen Arbeitern und Angestellten nur eine geringe Abschlagszahlung auf die fälligen Löhne geben.

Nunmehr geschah plötzlich ein Wunder. Edmund Stinnes hat am Freitagabend den Arbeitern der Agra die Hälfte seines Attienbesitzes der Agra, zwei Millionen Mark, angeboten. Ein Unternehmer, der seine Aktien an die Arbeiter veräußert, solches für Deutschland noch nie. Das „Süß-Abendblatt“ spricht bereits „von einem Experiment mit sozialistischem Einschlag“. Es ist selbstverständlich, daß diese „Grogmüdigkeit“ des Herrn Edmund Stinnes mit Sozialismus gar nichts zu tun hat, sondern, daß dies Gesicht lediglich ein Schwanz ist, die Arbeiterklasse und die Angestellten der Agra mit in den Kampf zwischen Stinnes'schem Kapital und Bankkapital auf die Seite des pleitegegangenen Stinnes-Kapitals hineinzuziehen. Der „Montag-Morgen“ vom 17. August schreibt in einem Leitartikel, der die Arbeiter trägt:

„Das Attien-Paket, mit dem Herr Dr. Stinnes die Arbeiter der Agra beliehen will, ist nur noch nominell in seinen Händen, materiell gehört es zur Stinnes-Masse, und wenn die Arbeiter sich wirklich darauf einlassen würden, das Schwanzangebot anzunehmen, so müßten ihnen nachherhin Stinnes'schen wenigsten Tagen eine Arbeitsverfügung des Amtsgerichts zugehen.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

